

# Ülbecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Ülbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich, 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 10092, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Seite oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 283.

Mittwoch, den 4. Dezember 1907.

14. Jahrg.

## Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

### Etwas zum Sthaltern?

Die Klausel im neuen Vereinsgesetz, welche für öffentliche Versammlungen den Gebrauch fremder Sprachen verbietet, ist schon vor der Bekanntgabe des authentischen Entwurfs aufs schärfste kritisiert worden. In der Tat ist sie so ungeheuerlich, daß man an ihre Wirklichkeit zunächst kaum glauben möchte, und ein liberales Blatt äußerte den Verdacht, es sei nur auf eine Erregung der öffentlichen Meinung abgesehen, unter deren Schutz man dann andere nicht ganz so schlimme Neuerungen durchzudrücken versuchen werde. Dieser Kniff würde unserer Diplomatie allerdings ähnlich sehen. Sie hat ihn schon wiederholt bei anderen Gelegenheiten angewandt.

Seit der Veröffentlichung des amtlichen Entwurfs ist der Verdacht nicht wieder laut geworden. Denn der unglaubliche Paragraph steht ja wirklich und wahrhaftig darin. Dennoch will es uns scheinen, als ob seine Verbindung jetzt noch genau so viel Wahrscheinlichkeit besitzt wie ehedem. Wissen kann man's natürlich nicht, aber durchaus möglich ist es schon, daß die Regierung scheinbar ernsthaft den Paragraphen in den Entwurf hineingebracht hat, im Reichstage mit Aufgebot aller ihr zur Verfügung stehenden Rhetorik darum kämpft, ihn sich schließlich scheinbar schweren Herzens abhandeln läßt und dann erklärt: nun sei sie so unendlich weit entgegengekommen, daß sie dafür auch „Kompensationen“ haben müsse, worauf sie dann mit irgend einem niedlichen reaktionären Maßregelchen zum Vortheil käme, auf dessen platten Annahme sie rechnet, weil die Opposition ihre Kraft im Kampfe gegen das Sprachenverbot erschöpft hätte.

Ohne also im geringsten die Gefahr, daß das Sprachenverbot Gesetz werden könnte, zu unterschätzen, glauben wir doch, es ist an der Zeit sich umzusehen, was für Dinge die Reaktion unter dem Schutze eines solchen Scheingesetzes durchzuschmuggeln hofft.

Es ist zuzugeben, daß in dem Entwurf selbst sich bis jetzt nur wenig findet, was einer solchen Aktion wert wäre, wenngleich er reaktionäre Bestimmungen genug enthält. Da ist zunächst die Anmeldung Pflicht. Für Preußen würde zwar deren neue Fassung eine Erleichterung bedeuten, denn es sollen hinfällig nur öffentliche Versammlungen anmeldpflichtig sein, während in Preußen bislang alle (auch Vereins-) Versammlungen angemeldet werden müssen, sofern in ihnen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. Aber andere deutsche Staaten gedeihen ganz gut ohne jede Anmeldung Pflicht. Und in der Praxis ist die ganze Anmelderei nichts weiter als eine Schikanierung. Wenn jemand die Anmeldung vergißt, oder wenn er gar nur die Anmeldebescheinigung zu Hause in der Rocktasche gelassen, kann die Versammlung nicht stattfinden, obwohl die Polizei durch öffentlichen Anschlag vom Stattdurchsuchen der Versammlung ganz genau und zeitig genug unterrichtet war. Dieser lästliche Zustand sollte endlich beseitigt, aber nicht noch auf andere Reichsangehörige ausgedehnt werden. Daselbe gilt von der polizeilichen Erlaubnis, die für alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel erforderlich sein soll. Verstehen läßt sich das allenfalls für Versammlungen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen, obwohl im Auslande, z. B. in Brüssel und London, auch diese ohne Unzuträglichkeiten stattfinden. Aber Versammlungen, die auf privaten Grundstücken stattfinden, sollten unter allen Umständen von der Polizei ungeschoren gelassen werden.

Indessen, das alles ist nicht bedeutend genug, um der Diplomatie Anlaß zum Aufgebot eines solchen Apparats zu geben. Schlimmer sieht es mit den neuen Auflösungsgründen. Hierüber ist das Nötige in der Parteipresse schon gesagt und nachgewiesen worden, daß diese in der Praxis gar leicht zur Verhinderung jeder Versammlung führen können. Sobald der überwachende Schutzmann „den Tatbestand“ einer strafbaren Handlung in den Ausführungen eines Redners zu erkennen glaubt, kann er die Auflösung verlangen oder selbst auflösen. So schlimm ist es bisher nicht einmal in Preußen bestellt. Selbst hier darf der Schutzmann sich in solchem Fall nur gegen den Redner wenden, aber nicht gegen die Versammlung. Aber dies würde dadurch hinfällig die Polizei das Recht haben, in die Debatte einzutreten und zu bestimmen, was und wie geredet werden soll, ein Zustand, der bisher glücklicher Weise selbst in Preußen noch nicht bestellt.

Dieser letztere Paragraph also ist schwierigend genug, und sollte er im Gesetz bleiben, so würde das für den größten Teil des Deutschen Reichs eine böse Verschärfung bedeuten. Es wäre also verständlich, daß um seine Willen die Reaktion keine Mittel scheut, weder grade noch unzuträglich.

Dazu kommt nun, daß seit einigen Tagen in der konservativen Presse Lärm geschlagen und allerlei reaktionäre Wünsche erhoben werden. Von Interesse ist da z. B., was dieser Tage die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb:

Wie wir bereits hervorhoben, soll die Polizeibehörde kein Recht mehr haben, eine öffentliche Versammlung, die in geschlossenen Räumen stattfindet, vorher zu verbieten. Mag der in Aussicht genommene Redner ein wütster Anarchist der Tat sein; die Versammlung kann nicht gehindert werden — auch dann nicht, wenn mit Sicherheit eine Gefährdung oder Störung des öffentlichen Friedens zu erwarten ist.

Hier läuft sich schon ein wenig der Schleier und läßt erkennen, wo die Reaktion hinaus will. Man muß nämlich wissen, daß die Ausführungen der „D. T.“ irreführend sind. Sie tut so, als habe die Polizei jetzt das Recht, Versammlungen vorher zu verbieten. Das ist in Preußen aber keineswegs der Fall. Iwar hat sich die preußische Polizei hier und da dieses Recht angemahnt — z. B. neuerdings bei ihrem Kampf gegen die Jugendorganisationen — aber nach dem gegenwärtigen Stand der preußischen Gesetzgebung hat sie es nicht. Und sie ist auch wiederholt deswegen vom Oberverwaltungsgericht zurechtgewiesen worden. Also, da will's hinaus. Es soll in das neue Gesetz ausdrücklich eine solche Beschriftung hineingeschrieben werden. Es liegt auf der Hand, daß damit jedes Vereins- und Versammlungsrecht von der Gnade der Polizei abhängig, d. h. illusorisch werden würde.

Weiter wünscht die Reaktion ausdrückliche Bestimmungen gegen Minderjährige. Die „D. T.“ fährt nämlich fort:

Nach dem neuen Vereinsgesetz kann niemand verwehren, daß sozialdemokratische Lehrlingsvereine gegründet werden, daß Schulfinder mit ihren Eltern an politischen Versammlungen teilnehmen; der Handwerksmeister wird ruhig zuhören müssen, wenn der zurechtgewiesene Lehrling damit droht, ihn vor das Forum einer Volksversammlung zu zerrten. Der Landrat von Stubenrauch im Kreise Teltow wird seinen berechtigten und von uns mit Freude begrüßten Kampf gegen die sozialdemokratischen Lausbubenvereine (Sauherdenton!) zum Gaudium der unrechten Bengel aufgeben müssen.

Und zum Schluß deklamiert das Agrarierblatt mit Pathos, daß diese Bestimmungen und ihre Begründung es nicht nur bestreitet, sondern „geradezu erschüttert“ haben.

Auch hier dieselbe Unehrlichkeit wie oben. Nach der bestehenden Gesetzgebung können in Preußen Lehrlingsvereine gegründet werden, sie dürfen nur nicht politisch sein. Auch sonst tut das Agrarierblatt so, als ob gegenwärtig in Preußen die Beteiligung von Minderjährigen an Vereinen und Versammlungen irgendwie gesetzlich verboten sei. Das ist nicht der Fall. Es existiert für Preußen schlechterdings nur die eine Bestimmung, daß Schüler und Lehrlinge von Versammlungen und Sitzungen politischer Vereine ausgeschlossen sind. Weiter gibt es keine Beschränkung. So existiert z. B. (entgegen einer vielfach verbreiteten Ansicht) keine gesetzliche Altersgrenze für die politische Tätigkeit. Ein junger Mensch von 16 Jahren, ja von 13 Jahren, sofern er nicht Schüler oder Lehrling ist, kann in Preußen nach dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung nicht nur an jeder beliebigen Versammlung teilnehmen, sondern sogar Mitglied politischer Vereine sein.

Also entweder weiß die „Deutsche Tageszeitung“ nicht Bescheid — was man bei einem sonst so gut beschlagenen Blatt doch wirklich kaum annehmen sollte — oder sie treibt ein falsches Spiel. Sie erweckt in ihren Lesern die Vorstellung, daß durch das neue Gesetz Beschränkungen ausgehoben werden, die in Preußen für jugendliche Personen bestehen.

Man kann sich unschwer vorstellen, welchem Zweck diese Komödie dient. Nachdem man „schweren Herzens“ sich vielleicht zu irgend einer „Konzeßion“ hat drängen lassen, wird man als Entgelt den Auslöschung aller Jugendlichen und vielleicht noch darüber die polizeiliche Beschriftung zu Versammlungsverbote verlangen. Und man wird dann noch dazu mit frommem Augenaufschlag so tun, als wenn damit nur wiederhergestellt werde, was bisher besteht, während dadurch in Wirklichkeit ganz neue, außerordentlich gefährliche Bestimmungen in das Gesetz hineinkommen. Bestimmungen, die selbst für Preußen, geschweige denn für die freiheitlichere süddeutschen Staaten eine arge Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes bedeuten würden.

Es gilt also auf der Hut zu sein.

### Politische Rundschau.

Deutschland.

Fortsetzung der Staatsdebatte.  
Die Fortsetzung der Staatsdebatte im Reichstage brachte am Montag zunächst eine Reihe des alten Staates.

Die freisinnige Vereinigung sowie das Schwabenhäuslein derer um Bayreuth scheinen sich im Block doch wohl nicht so sauwohl zu fühlen, wie die vermüllerten und verwesten Eugeniden der freisinnigen sogen. Volkspartei. Auch Herr von Bayreuth möchte an seiner Rede Ansang starke Paarungssprüche tragen, schloß aber doch zuletz mit einer bei aller Höflichkeit die Blockpolitik desavouierenden, relativ energischen Betonung liberaler Grundsätze; er nannte die Enteignungsvorlage beim rechten Namen und unterzog die Sprachenbestimmungen des Vereinsgesetzes einer vernichtenden Kritik. Zwischen die Reden dieser beiden Außenseiter des Blocks schob sich eine akademische Vorlesung des neuen Herrn des Innern ein. Herr v. Bethmann wahrte, wie immer, sorgfältig die Form. Nicht eine verlebte Wendung war in seiner Rede enthalten. Die schönen, wohlabgerundeten Sätze mochten feinfühlende Ohren entzücken. Soviel über den Redner. Nun zu dem Politiker. Der sozialpolitische Geist des Herrn v. Bethmann ist aus der Paarung des Genius der Zuchthausvorlage mit der in der Theorie anerkannten Idee der Koalitionsfreiheit entsprungen. Gleich dem vierjährigen Friedrich Wilhelm begeistert sich Herr v. Bethmann für Sophokles und für die Knute, für die Freiheit in der Idee und den Polizeiknüppel in der Wirklichkeit. Die Rechte weiß, wen sie für den Grafen Posadowsky eingetauscht hat: mit verständnisinnigem Beifall begleitete sie die Ausführungen des Staatssekretärs und unterstrich mit besonderer Begeisterung den Soz, daß die Krankenkassen dem „politischen Missbrauch“ entzogen werden sollen. — Der Antisemit Zimmermann hielt eine donnernde Rede gegen russische Juden und ein Heine-Denkmal. Es ging ihm aber wie Herr Liebermann von der Konkurrenzfraktion: Das Befallssecho blieb aus, weil selbst Herrn Zimmermanns Brüllstimme nicht bis in die Restaurationsräume drang. In einer großangelegten Rede verpottete Genosse David die Blockpolitik und die jammervolle Rolle, die der Liberalismus in ihr spielt. Die deutsche Arbeiterschaft weiß, was sie von dieser Politik und dem neuen Kaiser fürs Innere zu erwarten hat. Ruhig wartet sie ab, was aus der Paarung der Edelsten und Besten mit den freisinnigen Konzessionschulzen entspricht. Sie weiß, daß schwere Kämpfe ihr bevorstehen und sieht ihnen mit Gelassenheit entgegen. Wütende Zwischenrufe der Rechten bezeugten, daß Davids elegante Ziele saßen. Nach einem kleinen Intermezzo Gädke-Ginem wurde die Weiterberatung auf Dienstag verlegt.

Vor der Fortsetzung der Staatsdebatte erledigte der Reichstag am Dienstag zunächst ein paar kleine Vorlagen, darunter ein Vereinkommen mit dem interessanten Lande der Serbe alias Montenegro. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen sprach ein paar unerhebliche Worte, Kolonialdemokrat Stortz rief nach statistischen Nachweisen, die leider nicht existieren, und der Nationalliberale Oertel hielt einen längeren Vortrag über die romantische Heimat der Hammeldeie. Genosse Molkenbuhr stellte fest, daß sich das hübsche Byzantiner Wort „Untertan“ auch in bezug auf deutsche Staatsangehörige in dem Berlage findet. Die Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben für 1906 gab dem Genossen Noske Gelegenheit, die allgemein zur stehenden Einrichtung gebräuchlichen Staatsüberschreitungen gebührend zu kennzeichnen. Für die bürgerlichen Parlamentarier scheint diese Methode, das parlamentarische Budget recht zum Kinderpol zu machen, keiner Erörterung wert zu sein.

Darauf wurde in der Staatsdebatte fortgesfahren. Wenn Oldenburg aus Janusauge nicht in Bälde Selbstmord verübt, so liegt das nicht an seinem Fraktionsgenossen Kretsch. Biemeyer hat den Müller-Meininger entthront und Kretsch hat alle Schimpfleistungen Oldenburgs weit in den Schatten gestellt. Aus vollem Kübel schüttete der konservative Fraktionsredner den Unrat der Kronenbeamten und sonstiger Kloake aus. Unter zustimmendem Junkergesole vergoß er Tränen darüber, daß Liebknecht nicht ins Zuchthaus und Gädke nicht ins Gefängnis gesetzt ist, und pöbelte Herrn Bassermann an, weil dieser noch nicht die steile Höhe konservativen Anstandes erklimmen hat und etwas wie Billigkeit auch noch politischen Gegnern widerfahren läßt. Derselbe Mann, dessen Fertigkeit im Schimpfen den Ruhm der seligen Kantippe erleichtert, hat die Stirn, sich über den Mangel an gutem Ton — bei andern zu beschweren und ein besonderes Strafgesetz mit namentlicher Abstimmung gegen das, was er Prehausschreitungen nennt, zu fordern. Wahrscheinlich soll das Schimpfen ein Privileg der Junker und Corpsstudenten werden, namentlich jünger, die durch die Stimmen zur Wahl getriebener Landheloten in die Volksvertretung hineingelangen sind. — Das die Herren Wiener und Gyßling sich gefallen lassen möchten, von Herrn Kretsch gelobt zu werden, haben sie sich selbst zuschreiben. Ob die Tante Böck von Königsberg, die „Hartungische Zeitung“, erfreut sein wird, als Eideshelferin von dem größten Schimpfgenie des Jahrhunderts herangezogen zu sein, müssen wir nicht. Viel-

leicht freut sie's doch. All perversen Geschmacksverirrungen leidet sie ja. Sie hat das Kunststück fertig gebracht, in der Wiemerschen Kalauerrede vom verslossenen Sonnabend die Wiederauferstehung Richterscher Etatsreden zu preisen. Der nachfolgende Redner Herr Gotschelin, ist die

Der nachfolgende Redner, Herr Dr. J. H. G., hat die giftige Krethrede mit verächtlicher Handbewegung ab und erging sich dann in teilweise recht guten, aber dochweg zu breiten Ausführungen über die gesamte innere und äußere Politik. Mit dankenswerter Entschiedenheit wandte er sich gegen den groben Unzug, den der Kanzler mit Uhland getrieben und gegen die ganze innere Verlogenheit der Blockpolitik. Kein nichtsozialdemokratischer Redner hat in der bisherigen Staatsdebatte so scharf gegen die Bülowpaarung gesprochen.

In vorgerückter Stunde kam die große Sensation des Tages. Mit gerötetem Gesicht und blühender weißer Weste bestieg Herr Paasche die Tribüne. Man merkte ihm gleich an, daß er in kriegslustiger Stimmung war. Erst bekamen Kreith und Gothein ein paar Hiebe, dann polterte er ein bißchen gegen die Sozialdemokratie und wandte sich alsbald der kiglichen Steuerfrage zu. Die Schärfe, mit der er für direkte Steuern eintrat und die Bereitwilligkeit, mit der er die Millionäre zu einer kleinen Flottensteuer heranziehen will, fielen im nationalliberalen Munde schon erheblich auf und die Rechte quittierte darüber mit mißmutigem Grunzen. Aber das war nur jenes Gesäusel. Ganz aggressiv wurde Herr Paasche, als er auf die Hardenrath kam. Herrn Bäffermann erzielte er namens der Fraktion ein dickestrischesches Vertrauensvotum, das augenscheinlich nicht dazu bestimmt war, von Herrn Kreith hinter den Spiegel gesetzt zu werden. Und dann wurden Briefe und Photographien aus der Tasche gezogen, die zu einer Lebensbeschreibung des Grafen Hohenau sehr wertvolles Material bilden. Auch der Lieder wurde gedacht, die über Kuno Woltze in Offizierskreisen kursieren. Dem Kriegsminister — er war nicht anwesend — wurde die antwortbeherrschende Frage ins Gedächtnis gehalten: „Und Du hast nichts davon gewußt?“ Die Verbavung vor der ja übrigens von keiner Seite angezeigten persönlichen Lauterkeit des Kriegsministers konnte die Wut des Angriffes nicht hindern.

Eine ungeheuerliche Erregung herrschte während des Reizes der Sitzung im Saal. Die Erhöhung v. Arminius, daß der Kriegsmüller bald entwerfen werde, nahm man noch zu einer Aufmerksamkeit hin, aber eine lange trockene, leise Schilderrede fiel ungehört zu Boden. Das Antlitz des Pottwischen Lungenkraut durchdrang einen Augenblick den Raum; kein Wimpernzug auf dem Gesicht rief Schrecklichkeit auf der Bühne herbei. Wunderbarlich war das Malerur, das dem Ritter Arminius die Handfesseln brachte. Er verlor ein langes Stück des Heimatlichen Haars als eine Menge von Wellenlang Haare. Zu verblendeten Beweisungen zitierte die Erregung des jugendlichen Zuges nach.

## Wilhelm II. und die Gräfler Zeichensicherung.

Auglich fand, wie der Herr Soltau, aus Kreis-  
werk berichtet wird, bei einer politische Versammlung  
durch, in der der Präsident des Landesverbands, Hamilton  
Hall, eingeladen wurde, die er von dem verantwortlichen  
Friedrich Hollis, einem Delegaten der Freikirchen  
Glaube zur ersten Synode Freikirchen, gegeben  
wurde mit dieser den Künsten gewidmeten Bereich  
amerikanischen Vereinigten Staaten gehörte.  
Dass diese innerstaatlichen Gebiete  
gerichtshöchstes erworben haben zu Hollis ist bei  
dem Gütern Soltau geschehen und dieser habe in einem  
Schrein ein Schriftstück gezeigt, wo in der amerikanischen  
Republik, die welche der Kaiser in großen Zeugnissen  
seine "neue" erklärten hatte.

### President's Note.

Die die Fassaden der am markantesten zu er-  
scheinen haben will, haben Wilhelm II und der neue Stadtkom-  
mandant v. Schles in England nach größter Vorsichtig-  
keit, als Bauten bekannt geworden. Dicht über d. ein  
für gebauteen geprägt haben, in den politischen Gefechten  
seiner ganzen überzeugende Rücksichtnahme über die Parteilich-  
keit des Bauherrn nichts auf eine eigene Stellung  
eingehend mit dem Neubau's Kaiser zu verbünden, unter  
dem Kommando, er ist ein bestimmtischer Bauwerk und  
handelt wie über die Kriege Kaiser Wilhelms gegen  
General VII. um die über die ganze gesamte Stadt  
gegen! Diese Konstitutionale Schule mag nicht nur  
den öffentlichen Wohlstand, sondern das gesellschaftliche Ge-  
meinwohl, bestreben, da hat es keinen Zweck, dass in  
der äußeren Politik nicht anders vor Pfeilern stehende  
und noch nie im Dienst standen die Werte verloren.  
So hat er ja S. mit aufkommenden Auswirkungen  
beseitigt und von den Kindern des Sozialist und Sozialist ver-  
hindert werden.

Der 1. Sohn Walter wurde bei den letzten Wahlen  
zum Landtagsabgeordneten gewählt und ist jetzt Mitglied des  
Parlaments. Ein Geschäftsbetrieb ist derzeit nicht mehr  
möglich, da die Gewerbeaufsicht eine Menge Regeln  
für Gewerbebetriebe erlassen hat, welche die Betriebe  
der kleinen Betriebe sehr belasten. Ich verfüge über kein  
großes Vermögen mehr, um mir einen Betrieb aufzubauen, und  
die kleinen Betriebe sind durch die Gewerbeaufsicht so  
beschränkt, daß ich nicht anfangen kann. Ich habe  
einen Betrieb aufgebaut, der sich nicht auf  
die Gewerbeaufsicht bezieht, und dieser Betrieb ist  
sehr gut und bringt mir ein gutes Einkommen.

Die erste Verteilung wurde entsprechend dem Vorschlag des  
Ministers des Innern der Deutschen Reichsregierung, welche die  
Sonne als Sonne bezeichnete, aufgeteilt. Diese Verteilung war  
ausführlich und nach Regierungsschluß noch bestätigt.  
Bereits im November 1918 wurde die Verteilung der Sonnen-  
marken bestätigt. Die von Berliner im Jahre 1918  
in einer ersten Rundschau gegebenen Angaben sind weiter  
durch entsprechende Rundschau bestätigt worden.  
Der Verteilungsplan ist nach dem Vorschlag des

Die Wirkung der neuen Rechte auf die Studenten, d.  
der Exzellenzen und Professoren gezeigt.  
Es Würde zu viel Raum einnehmen, jüngste  
Rechtsprechung und Gesetz zu allen diesen Komplexen einzeln  
ausführlich zu besprechen, wir verzichten deshalb. Bezeichnen  
wir stattdessen die Rechte, welche das Gesetz VIII  
und die Exzellenz-Ges. dies ist ganz ähnlich, den Studenten  
gewährt und bestimmen gleich es mehr eingehender einzelne  
Züge. In Ausz. dieser Formege kommen mehrere  
Komplexe zusammen, insbesondere Debatte und die Rechte zum  
Verein und zum Studium. Es ist eine Menge von  
Rechten, welche die Universität und die Professoren  
gewährt, und es sind ebenso viele Rechte, welche  
den Studenten gewährt werden.

denen England sich vertragen habe, in erster Linie mit Frankreich und mit Japan, nur wenn sich die deutsche Regierung zu einem allgemeinen Vertrage versthebe, das heißt, zu Zugeständnissen an die anderen Mächte sich entschließen würde, könne es zu einem englisch-deutschen Vertrage kommen.

Daraufhin blieb man den Engländern die Antwort

Noch schroffer verhielten sich während der „Kaisertage“ die englischen Konservativen, die Imperialisten reinsten Wassers. Für diese waischechten Vertreter des Raubkapitalismus kann an eine Annäherung an das Deutschland der „Weltpolitiker“ Bülow und Genossen überhaupt nicht gedacht werden.

## Von der freisinnigen Selbstbeherrschung.

Über die Vertragung des freisinnigen Wahlrechtsantrages schweigen sich die Fraktionsälter aus. Das muß den Verdacht, daß der Freisinn Beihilfe zur Verschleppung der Wahlreform leistet, auss neue verstärken. Das „Berliner Tagblatt“ meinte allerdings gestern:

„Der Preis weiterer Blocksteueraufhebung bleibt für den Kreisum, wenn er sich nicht selbst aufgeben will, die Wahlkreisreform noch vor der nächsten Legislaturperiode.“

Ganz recht. Wird aber der Freisinn nicht lieber sich als die Regierungsfreundschaft aufgeben! Wir denken, das Verhalten des Freisinns, der nicht einmal mehr auf einer Beratung seines Antrages, geschweige denn auf einer Durchsetzung besteht, ist wohl eine genügend gute Antwort!

### **Portugal**

## Quellen.

Ein Ultimatum an den König. Der niedere Herrscher Portugals, der durch seine Gräfe in die Staatskasse schließlich in die Situation gekommen ist, daß er die Verfassung zu verabsieden und eine Diktatur einzehen mußte, hat nun von der einzigen Partei, die ihn noch bedauert auf dem Thron lassen will, eine Art Ultimatum erhalten. Die Partei der Regeneradores legte folgende Tagesordnung für die Versammlung der Partei am 8. Dezember fest: Unzulässigkeit der absoluten Monarchie und des gegenwärtigen Regierungssystems, Zurücknahme der gegen die Freiheit und die verbrieften Rechte erlassenen Maßnahmen, Entfernung aller von der Diktatur vorgenommenen Handlungen, Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Regierungsform, Vertrauensvotum für den Parteiführer Bileza.

## Aus Südeck und Nachbargebieten.

**Mittwoch, den 4. Dezember.**

Die Bürgerrechtsverfassung, welche am letzten Herbst Rettung erfuhr, hat einen so zufriedenstellenden Erfolg der Eröffnung und des Gesetzes auf, wie er selten zu verzeichnen ist. Bevor sie vor 6 Monat aus die Bürgerschaft befähigungsfähig. Die Abstimmung zum Bureau hatten das Recht, das Dr. Götz, und noch ein ander Friedbergericht wurden. Beim Senat wird nunmehr die recht wenig wahrnehmbare Minderung gemacht. Dagegen der Volkswille alles in seiner Vollkommenheit und mehr. Hier ein Rechtsprozeß verfehlt ist, wie unserer Meinung sein. Aber die berüchtigte Sache des Landes und etwas vom Zusatzschluß aber nur wenig. Doch niemand kann leicht daranmachen kommen. Die Bürgerrechtsverfassung wird beständig nach einem ausgiebigen

Die Fehde übet die betriebslichen Betriebsausfälle be-  
reits für den Betriebsträger in einem fast hohen Rahmen ein.  
Für den Betriebsträger auf Ausgefährdung des Fahrer-  
aufenthalts wurde die andere Unternehmung bestellt,  
während die beiden Betriebsträger und Güterwagen waren  
für die Erfüllung des Wettbewerbsvertrages ein. Wofür  
es bestimmt ist, daß es für angebracht,  
die Betriebsträger mit Gütern zu versorgen, was von  
seinen zur Zeit ausreichend zur Verfügung stand. Im Laufe  
der zuletzt vertragene Güterwagen die Erfüllung den Kreis-  
fahrten für diesen an: daß das eine Herkunftsstadt  
davon noch nicht bestreiten. Gott war es sehr gering  
zu Verantwortung außerstande, um am nächsten Montag  
diese zu tönen. Die Befreiung, welche eine Güterwagen  
ausüben, und überließ nicht auf eine Hebung ge-

Wiederholen eröffnen die „Bürokrat vor zurzeigen“ in leicht  
veränderter Form ihren Gefronteten mit der unter dem 2. P.  
punkt folgende durch bestandenen Straf herabgesetzte  
Festungserklärung:

„... das ein Mandat der sozialdemokratischen  
Vereinigung nicht wegen Konflikts mit den russischen  
Machthabern nicht mehr verhältnisvoll ist.“

Und dass dies Russen gegenüber geblieben ist, ist die  
eine Sichtweise frei erfunden. Zur Verhaftung  
des russischen Präsidenten wurde es übereinstimmend bei der Zu-  
kunftsweisung des Russischen Reichs bestimmt, die von seiner  
seiner Zeitgenossen verabschiedet. Der König zur Unzulänglichkeit  
zur Machtübung zu durch die Siedlungen Russland die Urechte und  
die Rechte der Bevölkerung.

Bei dem ehrlichen Muttertagserinnerungsbuch wurden v. 1914-1918 eingetragene Gedanken über den Wert des Der Kriegsberichterstatters und der Blattträger zugeteilte. Eine Ausgabe ist ausgestellt.

Wieder der Geschäftsführer beschreibt über die  
vertriebsseitige Seite auf, wie das auch in diesem  
Jahr der Vertriebserfolg bestimmt ist und erwartet die  
weiteren Auswirkungen abzuschätzen. Wir wurden kontrolliert  
die 74. Wochentabelle aufgestellt + Ergebnisse. Es haben  
uns nur 47 Kunden angeschaut werden. Das Fazit der Mon-  
atlichen Wochentabelle ist, dass Personen mit kleinen Geschäft-  
en verhältnismäßig wenigen Auftragshäufigkeiten aufgetreten  
sind. Beim 302. Kunden sind es 16%, Beim 303. Kunden  
sind es 18%.

Dachdecker 14, Bildhauer 5, Stuckateure 3, Löpfer 2 und Lehrlinge aller Branchen 164. Das Ergebnis der Kontrolle selbst in bezug auf die Sicherheit der Gerüste resp. sonstigen Abdeckungen kann man als gut bezeichnen, wenn auch einzelne Gerüste vorhanden waren, welche kaum den an ein Gerüst zu stellenden Anforderungen genügen konnten. Das Verstellen resp. Absperren der Türen und sonstigen Brüstungen war im allgemeinen zufriedenstellend, obgleich nicht gesagt werden kann, daß gerade in dieser Beziehung allen Vorschriften Rechnung getragen war. Verbandskästen waren auf fast allen Bauten vorhanden, ebenso die Unfallverhützungsvorschriften. Eine Besserung betreffs Mangel an Klosetts war auch bei dieser Kontrolle nicht zu verzeichnen, was hauptsächlich auf großen Bauten zu unliebsamen Verzögerungen seitens der Arbeiter führen muß. So mit konnte man ja mit dieser Kontrolle zufrieden sein. Aber es scheint, als wenn bei jeder Kontrolle ein oder zwei Unternehmer die Besichtigung ihres Baues verbieten wollten. Dieses Verdienst erwarben sich diesmal Herr Schloepke (Bau belegen in der Klappenstraße) sowie Herr Rosenblum (Bau belegen in der Travemannstraße). Ersterer verbot schlankweg die Besichtigung seines Baues und meinte, man hätte ihn erst fragen sollen, ob er es gestatte, seinen Bau zu betreten. Das hat natürlich die Kommission auf jedem Bau erst getan, also auch bei Schloepke; jedenfalls war dieser Herr für die Sicherheit seines Baues besorgt, weil er die Besichtigung desselben verbot. Herr Rosenblum meinte kategorisch, er kontrolliere seinen Bau selbst und brauche niemand anders dazu. In betreff des Baues des Herrn Beiz (Heldstraße belegen) ist zu bemerken, daß die Sicherheit auf dem ganzen Bau sehr mangelhaft war. Die Abdeckungen waren sehr schlecht, die Leitergänge unsicher, das Gerüst selbst mangelhaft, wie überhaupt keine Sauberkeit zu finden war. Auf Fragen des Herrn Beiz seitens der Kommission, weshalb auf dem Abort kein Sitzorett (sogenannte Brille) sei, erklärte derselbe: „Für mich genügt es, wenn es bei zu liegt“. Gewiß eine sonderbare Auffassung der hierüber bestehenden Verordnung. Die Kommission selbst sieht sich veranlaßt darauf hinzuweisen, daß verschiedene kleine Mängel bei einigermaßen guten Wissen ganz zu vermeiden wären und betont, daß es notwendig ist, die Kontrolle der Bauten unter Hinzuziehung von Sachverständigen aus Arbeiterkreisen vornehmen zu lassen.

Sch. **Gärtner-Versammlung.** Die am Sonnabend, den 30. November, im Vereinshaus stattgefundenen, von der heisigen Zahlstelle des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins einberufene öffentliche Versammlung nahm einen recht interessanten Verlauf. Kollege Busch hält ein gutdurchdachtes Referat über das Thema: „Die Klassenscheidung in der heutigen Gesellschaft“. Er führte an der Hand einiger sehr eindrücklicher und drastischer Beispiele aus, daß trotz der Freizügigkeit, die man dem Arbeiter gegeben hat, er selbst noch immer abhängig geblieben ist wie zur Zeit der Leibeigenchaft und der antiken Sklaverei. Während zur Zeit der Freizügigkeit und antiken Sklaverei der Herr der Leibeigenen oder Sklavenhalter, der Unternehmer ein Interesse daran hatte, daß seine Untergesetzten, seine Sklaven gut versorgt würden, damit sie bei Kräften und guter Gesundheit blieben, weil er sich sonst, wenn diese franz und schwach würden, neue kaufen mußte, hat der Unternehmer von heute nach der Gewährung der Freizügigkeit nur ein Interesse daran, seine Arbeiter bis zur Erschöpfung auszubeuten, um sie dann aufs Blasen zu werfen, da ihm andere Arbeiter zur Genüge zur Verfügung stehen. Die Unternehmer, die Besitzenden, die Eigentümer der Produktionsmittel, der Fabrikanten, des Grund und Bodens schlugen aus der Arbeit der Besitzlosen, der Arbeiter den Mehrwert. Sie hängten vielen Mehrwert zu Millionen und Milliarden. Sie händelten und hielten die Waren, die die Arbeiter erzeugten, auf; sie füllten die Lager bis oben an. Sie schließen nun einfach die Fabriken, lassen die Bettelbevölkerung, sie brauchen nun nicht arbeiten zu lassen, sie brauchen auch nicht zu hirten, sie haben ja die Speicher gefüllt. Der Arbeiter hingegen, er nichts besitzt, als seine Arbeitskraft, der eben nur so bezahlt wurde, daß er seine Existenz fristete, daß er nur seine Arbeitskraft erhalten konnte, der mag jetzt sehen, wie er morgen kommt, der mag einfach hungern. Der Referent führte es weiteren aus und legte an klaren Beispielen dar, daß es auch im politischen und rechtlichen Leben eine Klassenscheidung gibt, daß man raffinierte Silberdiebe laufen läßt, während man arme Leute, verzweifelte Mütter, die sich in ihrer Verzweiflung eine Hand voll Holz zusammen, eine Hand voll Lebensmittel aneignen, auf lange Zeit ins Gefängnis schickt. Zum Schlusse führte der Referent aus, daß dies alles erst anders wird, wenn der Arbeiter, der Besitzlose, seine Klassenlage und Klassenzugehörigkeit erkennt und sich demgemäß einer, seine Klassen-Interessen vertrittenden Organisation (in diesem Falle der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein) anschließt. Reicher Besitz lohnte den Referenten für sein vortreffliches Referat. Der Aussordnung, daß etwa anwesende Gegner sich zum Worte melden, und ihren gegenteiligen Standpunkt vertreten sollten, leistete niemand Folge. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß artige Bergärzte von großen und größten Blasphemien angetroffen waren, die damit ihr Einverständnis mit dem Referenten befundenen, was der Vortragende gleich in der Versammlung zur Kenntnis hergehob. Ein Kollege führte einige drastische Bilder an, an denen er zeigte, wie wen der Herrndinkel bestimmen kann, und ihren gegenständigen Standpunkt vertreten sollten, leistete niemand Folge. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß artige Bergärzte von großen und größten Blasphemien angetroffen waren, die damit ihr Einverständnis mit dem Referenten befundenen, was der Vortragende gleich in der Versammlung zur Kenntnis hergehob. Ein Kollege führte einige drastische Bilder an, an denen er zeigte, wie wen der Herrndinkel bestimmen kann, und mit dem Hinweis, daß, wenn wir unsere eigene kraftvoll entzündende Organisation über kurz oder lang einer Hand wagen müßte, die ganze organisierte Arbeitskraft wäre uns hinter unserer Organisation stehen, um uns nach jeder Richtung hin zu unterstützen, schloß der Vortragende die ergebnisverlaufene Versammlung.

Städte im Ausland und bei häuslichen Dichter-  
In das Unfallversicherungsgesetz umfaßt nur die im Gebiet des  
deutschsprachigen Reichs gelegenen Verfütterungspflichtigen Unterneh-  
men; es sind deshalb in der Regel auch nur diejenigen  
Fälle zu entzädtigen, die sich innerhalb der Reichs-  
grenzen ergeben. Diese Regel gilt aber nicht unbedingt,  
weil sie daran, daß dem Reichskanzler des Recht zu unter-  
sicherer Erfüllung des Bundesrats mit den Regierungen  
einiger Staaten, die für Arbeiter und Betriebsbeamte eine  
der Deutschen Unfallversicherung entsprechende Fürsorge durch-  
führen haben, im Falle der Gegenleistung zu vereinbare-  
nbar ist, das deutsche Gesetz auch auf solche Betriebe im Aus-  
land ausgedehnt wird, die Bestandteile eines inländischen  
Verfütterungspflichtigen Betriebes darstellen, können auch solche  
solche ausdrückliche Vereinbarung im Ausland er-  
wirkt werden. Es ist entscheidungspflichtig, wenn es sich  
um der Unfallverhindernden Tätigkeit nur um eine Aus-  
nahme des inländischen Betriebes handelt. Dies ist der  
Fall, wenn beispielsweise ein Monteur einer inländischen  
Maschinenfabrik beim Montieren einer in dieser Fabrik her-  
gestellten Maschine im Ausland verunglückt oder wenn ein  
angestellter eines inländischen Betriebsinstituts, das seiner



# Kinderland

## Diese Woche: Spielwaren

Puppenköpfe Porzellan  
Stück 18, 15, 12

**9** Pf.

Puppenköpfe Celluloid, mit u. ohne  
Haar, in allen Größen,  
in allen Preislagen

Puppenköpfe Biskuitu. Porz.  
gescheitelt,  
alle mit Schlafaugen,  
von 3.50 bis 95, 75, 45

Puppenstrümpfe von 4 Pf. an

Puppenschuhe von 5 Pf. an

Puppenbälge Leder  
4.50, 1.75, 1.45

**95** Pf.

Celluloid-Puppen  
7.50 bis 48, 38, 28, 18

**8** Pf.

Puppenbetten  
14.50 bis 95, 48, 25, 15

**9** Pf.

Puppenwiegen  
8.50 bis 1.45, 95

**48** Pf.

Puppenstuben  
17.50 bis 95, 45

**39** Pf.

Puppenmöbel Karton  
8.50 bis 95, 48

**24** Pf.

Puppenmöbel einzeln,  
von 1.50 bis

**8** Pf.

Puppenküchen  
16.50 bis 95, 75, 48

**39** Pf.

Puppenkochherde  
15.00 bis 48, 35

**20** Pf.

Puppen-Bügeleisen  
95, 45

**24** Pf.

Puppen-Waschgarnituren  
Waschfass, Waschbrett, Mangel

**35** Pf.

Puppenmängeln . . . . . 95

Komplette  
**Puppen-Einrichtungen**  
für Zimmer u. Küche

Puppenhüte, Puppenwäsche, Puppenkleider | in reicher  
Auswahl  
Puppen-Jackets, Puppen-Pelz-Colliers etc. |

Puppen-Sportwagen  
1.45 1.95 bis 7.50 Mk.

**95** Pf.

Puppenwagen

in reicher Auswahl bis zu

**20** Pf.

Puppen-Emaille-Service  
1.95 Mk. 95

**45** Pf.

Puppen-Porzellan-Service  
95, 48, 35 Pf. bis 7.50 Mk.

**22** Pf.

Puppen-Ess-Service  
95 Pf., 1.95 bis 6.50 Mk.

**45** Pf.

Puppen-Waschmaschine  
„Mignon“

**4** 90 Pf.

Gekleidete Puppen

bis zu den elegantesten Ausführungen.

95, 75, 45, 35

**25** Pf.

Gekleidete Puppen

in diversen Trachten zum Ausziehen . . . . Stück

**45** Pf.

Stickkasten

85, 75, 45

Kinder-Nähmaschinen  
19.50, 9.80, 6.20, 4.90

**195** Pf.

Bei Einkäufen von über 3 Mk. an in unserer Spielwarenabteilung  
Gratis : Jugend-Postamt komplett mit Briefen.

Im Kunstsalon:  
Spezialausstellung **Dresdner Spielwaren**

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 283.

Mittwoch, den 4. Dezember 1907.

14. Jahrg.

## Eine verkrachende Gottesgnadensfirma.

Eine Königskrone scheint wacklig zu sitzen drunter auf der iberischen Halbinsel. Soviel wenigstens lassen die Meldungen aus Portugal erkennen, denen es gelungen ist, durch die Maschen der Zensur zu schlüpfen, wie die Tatsache an sich, daß die Zensur ein derart feinmaschiges Netz um das Land zu ziehen für nötig hielt, eine hinreichend beredte Sprache spricht. Die Gärung richtet sich gegen den Firmeninhaber des portugiesischen Königstums selber, der schon wegen seiner rein persönlichen Späße in der Bevölkerung verhaft ist wie die Pest. Gegen diesen Don Carlos ist nämlich Leopold von Belgien, den man in dem bewußten Punkte gewiß nicht unterschätzen wird, ein sittenstrenger und keuscher Potentat und des ungeheuchelten Wohlwollens aller deutschen Lizentiaten gewiß. Haust doch Don Carlos unter den Löchern des Landes derart, daß ihm der Titel eines "Mehrers" des Reiches, freilich in einem andern Sinne, als ihn die byzantinische Legende gebraucht, nicht abzusprechen ist.

Die Gründe aber, die die Drachenstaat reisen ließen, sind selbstverständlich wirtschaftlicher und politischer, nicht persönlicher Natur. Durch den Diktator Franco regiert Don Carlos seit anderthalb Jahren in dem Lande, das auf dem Papier einen dem englischen nachgebildeten Parlamentarismus besitzt, lediglich von des Säbels Gnaden. Und wie er just in diesen Tagen regiert, wo seine sinnlose Willkür durch seine sinnlose Angst aufgepeitscht wird, schildert der Bericht eines ehemaligen portugiesischen Ministers an ein Pariser Blatt sehr anschaulich:

Das Regime der Verdächtigung hat den Höhepunkt erreicht. Man verhaftet massenweise Leute auf eine bloße Denunzierung hin, ein schwarzes Kabinett öffnet unsere Briefe und wir müssen wahre Indianerlisten anwenden, um Nachrichten ins Ausland gelangen zu lassen. Unser häuslicher Herr wird nicht mehr geachtet, man dringt bei Tag wie bei Nacht bei uns ein, nimmt überall Hausdurchsuchungen bei uns vor und plündert unsere Schränke. Alle Blätter sind unterdrückt, ausgenommen natürlich die zwei Regierungssorgane, die nur das veröffentlichten, was der Diktatur scheinbar Recht geben kann.

Im ganzen scheint im Lande eine Situation zu herrschen, wie in Frankreich vor der "Revolution der Verachtung", die den Biedermann Ludwig Philipp hinwegsegte: hinter dem König und dem Diktator, d. h. hinter der sogenannten gesetzlichen Ordnung der Dinge eine Handvoll Großkapitalisten, hinter der Opposition, d. h. dem Willen zum Umsturz so ziemlich das ganze Volk, die Bourgeoisie, das Kleinbürgertum, die Arbeiter, die Bauern und, was wichtig ist, auch Armee und Flotte. Kein Wunder! Aus denselben Ursachen wie Spanien ist Portugal, das im sechzehnten Jahrhundert seine Flotten wie Phippenarme über den Erdball streckte und durch Plünderei des reichen Indien märchenhaft Reichtümer austapete, vollständig verarmt: einst in Saint und Seide und heute Sacke wie Hemd zerlumpt! Die Finanzen sind gänzlich auf dem Hund. Das Land, das weniger Einwohner zählt als Holland, hat eine Staatschuld von 3456 Millionen Mark. Sieht man die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Summe der Staatschuld in Rücksicht, so marschiert Portugal mit 687 Mk. an der Spitze aller europäischen Staaten. Dazu wächst die schwedende Schulden stetig; erst kürzlich hat die Regierung wieder eine Anleihe von sechzig Millionen Mark unter Verpfändung

der Stempellesteuer aufgenommen. Der Kredit der Bank von Portugal ist vollständig erschöpft, und gegenwärtig sind 72 000 Kontos Banknoten ohne die entsprechende Deckung in Umlauf. Kurz, eine Finanzlage, wie sie stets in Ländern ist, die an der Schwelle des Zusammenbruchs stehen.

Nun ist Portugal wirtschaftlich nichts weiter, als eine Provinz Englands. Die Briten haben schon während des ganzen neunzehnten Jahrhunderts ihre Finger in die portugiesischen Angelegenheiten gesteckt, und die Wirren in den dreißiger und vierziger Jahren benutzt, den Handel Portugals vollständig an sich zu reißen. Diese Unselbstständigkeit des Landes, die natürlich mit einer politischen Abhängigkeit von England verknüpft ist, bringt es mit sich, daß man der gegenwärtigen revolutionären Bewegung weniger Interesse entgegenbringt, als wenn es sich um ein Land handelte, das seine Geschicke selbst bestimmt. So wird man, mit Ausnahme der staatsgläubiger Portugals, auch die Kunde mit Gleichmut aufnehmen, die der Draht vielleicht bald schon in der lakonischen Kürze der napoleonischen Bulletins in die Winde tragt: Das Haus Braganza hat in Portugal aufgehört zu regieren.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des "Lübecker Volksbotes".

Berlin, den 3. Dezember 1907.

64. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Um Bundesratstisch: v. Stengel, v. Schön, Kräfke, v. Bethmann-Hollweg.

Zunächst wird die Handels- und Schiffahrtsübereinkunft mit Montenegro in erster Lesung beraten.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schön bezeichnet als Zweck der Übereinkunft, angelehnt an die wirtschaftliche Entwicklung Montenegros, dem deutschen Handel das Meistbegünstigungsgesetz zu sichern.

Storz (Südd. Dpt.) wünscht statistische Nachweisung über unseren Handel mit Montenegro.

Dr. Oertel (NL) gibt eine eingehende Darstellung der Verfassungs-, Rechts-, Boden-, Klima- und Handelsverhältnisse Montenegros.

Moltkebuhr (SD): Statistische Unterlagen, wie Herr Storz sie wünscht, sind nicht vorzulegen, weil es solche nicht gibt. Protestieren muß ich gegen die Anwendung des staatsrechtlich ungültigen Ausdrucks "Untertanen" in dem Vertrage. (Sehr richtig! links.)

Das Übereinkommen wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahrs 1906.

Mooske (SD) macht auf die zahlreichen Überschreitungen des Staats aufmerksam. Auffällig groß ist die Zahl der Konsulate, die ihr Personal niemals vollständig zusammen haben. Daraus läßt sich schließen, daß die Zahl der Beamten größer ist, als notwendig. Neben den Etatsüberschreitungen finden sich Etatverschleierungen. Interessant ist die Feststellung, daß durch die agrarische Zollpolitik die Ausgaben für die Ernährung des Heeres um 7 Millionen gestiegen sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Agrarier lassen sich auch ihre Rentensteuer noch höher bezahlen als früher und die Heeresverwaltung nimmt zu ihren Gunsten Etatüberschreitungen vor. Im Interesse des Staatsrechts des Reichstags muß gegen solche gewohnheitsmäßigen Überschreitungen energisch protestiert werden. Die Marineverwaltung hat ihren Arbeitern höhere Löhne gezahlt als im Etat bewilligt waren. Selbstredend sind wir mit den höheren Löhnen durchaus einverstanden: die Erhöhung hat aber etatsmäßig zu erfolgen. Aber die Marineverwaltung will offenbar den Angestellten klar machen, daß sie allein von ihrem Wohlwollen abhängig sind. Der Reichstag ist es seiner Würde schuldig, sich gegen diese Methode zu verwahren, durch die

Schweigend drückte der Wiedergekehrte ihm dann die Hand.

Die trüben und schweren Erfahrungen, welche der Hauptmann gemacht hatte, die versöhnliche Liebe, mit der er bei seiner Heimkehr aufgenommen war, dies alles hatte auf seinen Charakter einen weit größeren und tiefen Eindruck ausgeübt als Hugo erwartet hatte. Sein früheres heftiges und hochsprechendes Wesen war geschwunden, er war sanfter und stiller geworden. In nichts hörte er Hugos und Annas Glück.

Besonders viel und gern beschäftigte er sich mit Liss' Kindern. Es war, als ob er an ihnen den Dank abzutragen suchte, den er ihrem Vater schuldete. Auf Hugos Bitten nahm er sich auch der Sorge für die Bewirtschaftung des Gutes mehr und mehr an und diese Beschäftigung tat ihm wohl. Die Tatkräft und Lebenslust in ihm erstarke wieder, ohne daß seine frühere Heftigkeit damit zurückkehrte.

Mit Strehlen und Emma war er wieder völlig ausgestöhnt.

So schwanden Wochen und Monde in stillem Frieden dahin. —

Von Liss hatte Hugo seit langer Zeit nichts vernommen. Möglicherweise kam wieder in der südländischen Gegend wiederholte Einbrüche und Diebstähle vor. Aus der ganzen verwegenen Art und Weise, in welcher dieselben ausgeführt wurden, erkannte Hugo sofort, daß Liss wieder nach Sachsen zurückgekehrt war.

Niemand wurde durch dieselben mehr erbittert als der Gerichtsdienner Schneller. Schon der Name Liss, selbst schon der Gedanke an diesen Mann versetzte ihn in eine sieberhafte Aufregung. Zuviel hatte er durch ihn erduldet.

Zwar glaubten diejenigen, welche ihn nicht näher kannten, daß er das alles leicht überwunden habe, dem war indes nicht so. Er suchte nur zu verborgen, was er litt, innerlich wußte er ihn aber tief und unablässig. Die verdächtlichen Hoffnungen würde er verschmerzt haben, allein keine ganze Reputation war dahin und die war so leicht nicht wieder zu erringen. Früher hatte er in den Wirtshäusern, in denen er ein Glas Bier zu trinken pflegte, eine ganz andere Rolle gespielt, jetzt konnte ihm eine einzige südländische Bemerkung, ja sogar ein Blick vertreiben.

sein Staatsrecht nahezu illusorisch gemacht wird. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Hierauf wird die erste Staatsberatung fortgesetzt.

Kreth (R.) protestiert heftig gegen direkte Reichssteuern und lobt außerordentlich den Abg. Wiemer, während er auf die Freiinnige Vereinigung schilt. Die Herren von der Freiinnigen Vereinigung sagen, daß Preußen mit seinem Wahlrecht keine Grobheiten macht. Preußen ist garnicht eroberungsfähig. (Heiterkeit.) Bedauerlicherweise hat sich Herr Bäßermann gegen das Verfahren des Staatsanwalts im Falle Gödde ausgesprochen. Mit Recht hat der Staatsanwalt gegen Gödde eine Freiheitsstrafe beantragt. (Lachen links.) Noch bedauerlicher ist es, daß Herr Bäßermann den sozialdemokratischen Rednern die Behandlung des Falles Liebknecht vorweggenommen hat. Herr Bäßermann enträsst sich darüber, daß der Staatsanwalt von ehcloser Gejähnung sprach. Aber, wenn ein gebildeter Mann aus Sucht, eine Rolle zu spielen, die Wurzeln der nationalen Wehrkraft untergräbt, so ist das nach meiner Überzeugung noch schlimmer, als wenn ein verkommenes Subjekt vielleicht aus Not ein Verbrechen begeht. (Lösender Beifall rechts.) — Der Sauberdenton in der sozialdemokratischen Presse dauert fort. Die "Leipziger Volkszeitung" hat Kardorff noch im Grabe beschimpft. (Psui-Rufe rechts.) Die "Königsberger Volkszeitung" hat das Memeler Nationaldenkmal eine Schändjäule genannt. (Wütendes Psui-Rufe rechts.) Wir verlangen ein besonderes Gesetz gegen solche Bubenstreiche. (Minutenlanges Bravo! rechts.) — Die ganze geirige Rede Davids atmetet Haß gegen Preußen. Das ist nicht zu verwundern, denn Preußen ist der feiste Feind gegen sozialdemokratisches Blut. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Kein Staat tut so viel für die Arbeiter und fordert so wenig Steuern von ihnen wie Preußen (Lang anhaltende Hoh. b. d. Soz.) Immer spricht die Sozialdemokratie vom Frieden; warum veranlaßt sie denn garnicht die jüdisch-russischen Mihliten die Waffen niedrzulegen? Über die Dum-Dum-Geschosse (Zuruf b. d. Soz.: Dumm-Dumm!) sind in den Händen der Polizei doch wohl besser aufgehoben, als in der geheimen Niederlage der Sozialdemokratie. Herr Bebel sprach von den Berliner Arbeitern, die kein Mittagbrot haben. In den Arbeiterfamilien wird eben abends zu mittag gepeist. (Unruhe b. d. Soz.) Wenn die Sozialdemokratie immer von Zeuerungen spricht, so zieht sie zunächst die Partei- und Gewerkschaftsbeiträge herab. (Sehr gut! rechts.) Lebhafte Kurze bei den Soz.: Davon zahlen die Gewerkschaften Unterstützungen, und sehr kleine. (Lärm b. d. Soz. und Psui: ein netter Dezerent für Sozialpolitik!) Warum gehen die Arbeiter nicht aus Land, da hat jeder Arbeiter seine eigene Wohnung und sein eigenes Schwein. (Zuruf b. d. Soz.: und die Peitsche noch dazu.) Eben beginnt man in der Landwirtschaft, sich ein wenig zu erhöhen von der schweren Not der Kartoffelstra. (Lautes Lachen links.) Es freut uns, daß Herr Goering den ländlichen Arbeitermangel anerkennt. Offenbarlich ist er auch bereit, für die geeignete Abhilfe Maßnahmen zu bestimmen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mit Schaffung von Kleinbetrieb allein ist diese Frage nicht zu lösen. — Dem Kriegsminister und wir dafür denkbar, daß er unaußert Elemente aus dem Heere ausscheiden will. (Bravo! rechts.)

Gothain (Frei. Dgg.): Die eben gehörte Rede war alles andere eher, als eine großzügige Staatsrede. (Sehr richtig! links.) Das gegen Herrn Gödde Gefängnisstrafe beantragt wurde, ist unerhört und empörend. (Lebh. Beifall links.) Der Abg. Kreth hat bedauert, daß Herr Liebknecht nicht ins Zuchthaus gebracht wurde. Herr Kreth hat ja allerdings Jura studiert, aber als Körpsstudent, und das erklärt allerlei. — Die Finanznot ist leider nicht zu leugnen. Diese Finanznot hängt mit der falschen Wirtschaftspolitik zusammen. In demselben Augenblick, als England zur Freihandelspolitik überging, konnte es mit der Tilgung seiner Schulden beginnen. Wir sind für Reform der Branntheimsteuer, allerdings nicht für ein Branntheim-Monopol, für Ausbau der Erbschaftsteuer und für eine Reichseinkommenssteuer. — Wie haben ires alle nationalen Forderungen erfüllt, müssen aber das Recht beanpruchen, sie sorgfältig zu prüfen. Russland und Frankreich sind nicht in der Lage, gegen uns Krieg zu führen. Ein Heer, das größer ist als

## Ein verlorenes Leben.

Erzählung von Octavio Bürger.

(1. Fortsetzung.)

"Nein — nein!" rief er — „das ist nicht möglich! Der kleine und gelehrte Mann!"

Hugo beschrieb ihm das Aussehen des Mannes.

„Ja — so sah er aus!" rief der Hauptmann, „und dennoch kann ich es nicht glauben! Welches Interesse hätte der Dieb und Räuber an mir nehmen sollen!"

Hugo erzählte ihm jetzt, wie er zum ersten Male mit Liss zusammengekommen sei, wie er nur durch dessen Hilfe Anna aus Leipzig entführt habe und wie Liss das Außerste gewagt habe, um ihm die Urkunde zu verschaffen.

„Du wirst den Charakter des Mannes schwer begreifen," fuhr er fort. „Er ist ein Dieb, ein Räuber und seltsam ein Mörder und doch hat er ein edles Herz. Die Verzweiflung hat ihn zum Verbrecher gemacht. Er besitzt außerordentliche Anlagen und Kräfte, und weil er sie besitzt, lassen seine Gefährten nicht von ihm, sie lassen ihn nicht los, auch wenn er versuchen wollte umzukehren!"

Er fügte hinzu, daß er Liss Kinder zu sich genommen habe, um sie zu erziehen.

„Du sollst sie morgen sehen," sprach er. „Anna und ich sind ihre Eltern und sie hängen mit ganzer Liebe an uns."

„Wissen Sie, wer ihr Vater ist?" fragte der Hauptmann.

„Ja, Sie wissen es, allein Sie sprechen nur selten von ihm. Ihnen ist er stets nur ein guter, liebevoller Vater gewesen, der sein Leben für seine Kinder hingegeben hätte. Sie glauben, er ist tot — und ich lasse Sie in dem Glauben, denn er muß ja für sie tot sein!"

Bis spät in die Nacht blieben die beiden Männer auf, dann trennten sie sich, um sich zur Ruhe zu begeben.

„Vater," sprach Hugo, indem er dem Hauptmann die Hand reichte. „Das Glück ist als Versöhnung zwischen uns getreten und in unserer Hand liegt es, uns dies Glück zu erhalten. Läßt die Vergangenheit vergangen und vergessen wir!"

Seine Frau pflegte zu sagen, daß er jetzt von oben bis unten voll Galte stecke und sie hatte nicht ganz Unrecht.

Die Zeiten, in denen er lustig und vergnügt nach Hause kam, waren vorüber. In den Wirtshäusern behagte es ihm nicht mehr und in seinem Hause noch weniger. Hätte seine Frau nicht von Anfang an die Herrschaft geführt, jetzt würde es ihr immer möglich geworden sein.

In finstrem Brüten lag er in seinem Zimmer. So verstandt wie an diesem Tage war er seit langer Zeit nicht gewesen. Kein Wort sprach er zu seiner Frau, welche am Fenster saß und dann und wann einen fragenden Blick auf ihn warf. Nicht ein Laut war in dem Zimmer zu hören.

„Willst Du nicht ein Glas Bier trinken?" fragte die Frau endlich, der diese schweigsame Laune durchaus nicht gefiel.

Schneller blickte auf. Er hatte seine Frau nicht verstanden. Seine Gedanken hatten wieder bei der Schenke geweilt, die er sich hätte kaufen wollen, wenn Liss sich von ihm hätte fangen lassen lassen.

Noch einmal wiederholte die Frau ihre Frage. „Schweig," fuhr er unwillig auf. „Wenn ich Lust habe, Bier zu trinken, so werde ich Dich nicht vorher fragen. Das schließe noch, daß Du mir die Erlaubnis dazu gibst. — Gehe ich in ein Wirtshaus, so bist Du unzufrieden, bleibe ich zu Hause, so treibst Du mich fort. Ich weiß längst, daß Du alles ausprobierst, um mir das Leben zu versümmern!"

Die Frau schwieg. Sie schwieg sich allerdings vor ihm nicht, allein sie hatte in der letzten Zeit die Überzeugung gewonnen, daß sie ihn weit mehr ärgerte, wenn sie schwieg.

Schneller wollte jedoch fortfahren, seinem Größe weitere Lust zu schaffen, als er durch das Eintreten eines Knaben, den ihm einen Brief brachte, unterbrochen wurde.

„Wer hat Dir den selben gegeben?" fragte er den Knaben, ehe er ihn erbrach.

„Ein Mann, den ich nicht kenne," gab der Knabe zur Antwort.

„Wo hat er ihn Dir gegeben?"

„Im Walde." „Im Walde?" wiederholte Schneller. „Wie kommt Du dorthin?"



a. mit dem Gesuchen um Feststellung, ob die dem p. Sch. vor der Reichstagswahl zugegangenen Adressen von Soz. vielleicht von einem andern dort Bediensteten hergerührt haben. Niederschafft wird als durchaus körigstens angegeben. — „Martha Guttmann, Schauspielerin, Bl. 7. 07. Dessau. Obigen seit 10. 9. 07 wieder zurück.“ Nicht uninteressant ist auch, daß die Polizei den „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Partei finanziell unterstützt. Der polizeiliche Finanzhaber des „Vorwärts“ und bezahlt pünktlich seinen Abonnementbeitrag von 1,10 Mk., weil er als eifriger Genosse gelten will, er ist Mitglied des Wahlvereins und besucht pünktlich den Wahlkabinett und die Generalversammlungen des Wahlvereins seines Kreises!

Über das russische Geheimlager in Berlin wird dem Moskauischen Bureau von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt: Am 25. November er. ist in Berlin, Paulstraße 32 b, im Hause des früheren sozialdemokratischen Stadtverordneten Grill Kersin ein umfangreiches Lager des Zentral-Komitees der russisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei entdeckt worden. Es wurden u. a. in Verwahrung genommen: a) etwa 10 Zentner russischer Zeitungen und Druckschriften sozialdemokratischer Tendenzen mit zwei unter der Gewandung zu tragenden weißleinenen Schnürgeschirren, b) 3 Ballen (19.000 Bogen) weißen mit geraden Wasserzeichen versehenen Papiers, c) 2 Kisten mit vierzehn Parabelum-Pistolen und 3000 dazu gehörigen 9 mm Hohlpist-Patronen, d) 1 Elektromotor und mehrere hundert starke Eisenbeschläge für Eisensteile. Die Zeitungen und Druckschriften sind zum Teil gestempelt „Zentral-Komitee — Russisch sozialdemokratische Arbeiterpartie“. Die 19.000 Bogen weißen Papiers sind in einer großen deutschen Fabrik auf Bestellung des Buchhalters Wilhelm Gläsel vom „Vorwärts“ hergestellt und eignen sich zur Nachmachung von russischen Dreirubelnoten. Die Waffen stammen gleichfalls aus einer großen deutschen Fabrik und sind auf Bestellung von Lützow her an eine hiesige Mittelperson, den Schlosser Albert Oberboßel, Mitglied des sechsten sozialdemokratischen Wahlvereins gesandt. Über die Bedeutung des Elektromotors und der Eisenbeschläge ließ sich noch keine Gewissheit erlangen. Mietet des betreffenden Lagerraums soll ein Russe Freitag sein, der bis jetzt aber noch nicht ermittelt werden konnte. Wahrscheinlich in derselbe identisch mit einem im Mai d. J. hier ausgewiesenen Russen, der bei dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Wilhelm Bäumer in Schöneberg eine Geschäftsstelle des Zentral-Komitees der russisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei unterhielt und bei dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Ernst Obst in Schöneberg wohnte. Bericht an den Herrn Minister des Innern ist von dem Herrn Polizeipräsidenten erstattet.

## Aus dem Gerichtsaal.

**Eha in „Fürsorge“-erziehung.** Aus Halle a. d. S. berichtet man unter dem 1. Dezember: Das Töchterchen des Schmidts Preißler von hier sollte im elterlichen Hause nicht gut getan haben, und die um ihre Moral und Sitte besorgten Personen beschlossen, Elsa in Fürsorgeerziehung zu bringen. Das Mädchen kam zunächst in das fromme Magdalenenstift in Wolmirstedt bei Magdeburg, wurde dort auf den Platz der Tugend gründlich vorbereitet und dann dem wohlhabenden Käferschreiber Hoppe in Phalsdorf zur Weitererziehung übergeben. Dort sollte das Mädchen dienen, tüchtig arbeiten und gutes tun lernen. Elsa ließ sich dort ganz gut an, aber die „gute Sitt“ kam auch bei dem neuen Erzieher in Gefahr, da der Sohn des Hauses, Wilhelm Hoppe, dem Mädchen nachstellte. Nachdem er Elsa mit auf sein Zimmer genommen und sein Opfer sogar geschlagen hatte, teilte das Mädchen die Vorgänge ihren Eltern mit. Die Eltern kamen sofort nach Phalsdorf und holten ihre Tochter selbstverständlich ohne Erlaubnis weg. Die Folge davon war für die Eltern eine Anklage wegen „Fürsorge“-entziehung vor der hiesigen Strafkammer. Zeuge Hoppe jun. gab vor Gericht zu, mit Elsa in der „Fürsorge“ intim verkehrt zu haben, und Elsa bestätigte, der Bursche habe sie geschlagen, als sie ihn eines Abends nicht in ihre Kammer hineinlassen wollte. Lieber hätte sie sich unter einen Zug gelegt, als dort weiter gedient. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Eltern je 1 Woche Gefängnis, da die Tat „milde“ liege. Das Gericht sprach die Eltern jedoch frei.

**Ein „Dienstherr“ vor Gericht.** Der Fabrikbesitzer Händel in Brausenstein (sächsische Schweiz) verführte seine Dienstmädchen auf die raffinierteste Art und Weise. Erst war er sehr freundlich zu ihnen und schlich sich in ihr Vertrauen ein. Dann ging er weiter, wurde zärtlich, bis er schließlich in das Zimmer des Dienstmädchen eindrang. Das Zimmer konnte weder verschlossen werden, noch befand sich ein Riegel daran. Teilweise erreichte er sein Ziel, waren die Dienstmädchen aber standhaft genug, ihn zurückzuweisen, so mußten sie infolge seiner Züdinglichkeiten ein wahres Martyrium durchmachen, bis es ihnen gelang, aus diesem Hause zu fliehen. Faberlang konnte dieser Lüstling ungeachtet armer Proletarienmädchen verführen und sittlich verderben, bis endlich der Notschrei eines dieser Opfer jenem verbrecherischen Treiben vorläufig ein Ende setzte. Die 15jährige Tochter einer in Dresden wohnenden Witwe schrieb, nachdem sie erst einige Tage bei Händel in Stellung war, einen Brief, in dem sie sich über die Handlungswise ihres Dienstherrn bitter beklagte. Der Fabrikbesitzer besaß die Dreistigkeit, in der darauffolgenden Korrespondenz mit der Mutter das Kind als verdorben hinzustellen und Mutter und Tochter zu beleidigen. Gleichzeitig erhob er auf Grund dieses Briefes gegen Mutter und Tochter Privatklage wegen Beleidigung. Die Beklagten erhoben Widerklage. Der Mutter gelang es, von den früher bei dem Fabrikbesitzer bedient gewesenen jungen Mädchen vier als Zeugen nachhaltig zu machen. Leider fand die Verhandlung, die so eminent öffentliches Interesse beansprucht, unter Auss-

schluß der Öffentlichkeit statt. Sie endete mit der kostenlosen Freisprechung von Mutter und Tochter und mit der Verurteilung des Dienstherrn zu 100 Mk. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung hieß es, es sei durch die Beweisaufnahme erwiesen, daß der Dienstherr nichts in das Zimmer des Mädchens gedrungen sei und sich ihm unfehlbar genähert habe, daß er seine Autorität als Dienstherr fortgesetzt missbraucht und seine Dienstmädchen verführt habe. Der von den Beklagten angetretene Wahrheitsbeweis sei völlig gescheitert.

**Nachklänge zur Reichstagswahl.** Am Stichwahltag wurde bekanntlich in Frankfurt a. M. der Versuch gemacht, Wählerstimmen für den demokratischen Kandidaten Oeser zu kaufen. Das sozialdemokratische Wahlkomitee machte von diesem Vorfall, der sich am Morgen des Stichwahltags ereignet hatte, den Wählern durch ein Flugblatt Mitteilung. Die „Frankfurter Zeitung“ beschimpfte wegen dieses Flugblattes den Verfasser, Parteisekretär Dittmann, mit einer Reihe Verbalinsulten und behauptete, das Flugblatt sei schon am Abend vor dem Stichwahltag gedruckt worden. Genosse Dittmann erhob gegen die „Frankf. Ztg.“ Klage und erzielte ihre Verurteilung zu 300 Mk. Geldstrafe und Publikationsbefreiung im „Reichsanzeiger“ und „Frankf. Ztg.“ Der Reichskanzler Fürst Bülow erhob im Reichstage auf Grund der Mitteilungen der „Frankf. Ztg.“ den gleichen Vorwurf gegen Dittmann, ohne von dessen Berichtigung in der „Frankf. Ztg.“ Kenntnis zu geben. Erst nach Verurteilung der „Frankf. Ztg.“ stellte Bülow in der Sitzung vom 1. Mai, nachdem Genosse David ihn direkt aufgefordert hatte, die Sache richtig. Gegen das Schöffengerichtsurteil, das den Reichskanzler und die „Frankfurter Zeitung“ so sehr blamierte, hatte die „Frankfurter Zeitung“ Berufung eingeregt. Sie wollte immer noch den Nachweis bringen, daß der behauptete Stimmenkauf gar nicht, oder doch nicht von einem Organ der freisinn-demokratischen Parteien versucht worden sei. Über die Berufung sollte am Sonnabend, nachdem schon drei Termine vertagt worden waren, verhandelt werden. Hierzu kam es aber nicht. Der Vorsitzende und der Berichterstatter des Gerichts gaben ihrer Meinung vor Eintritt in die Beweisaufnahme dahin Ausdruck, daß die „Frankfurter Zeitung“ sich erheblicher Verleumdung schuldig gemacht habe, und die Strafe vom Schöffengericht sehr milde ausgesessen sei. Die „Frankfurter Zeitung“ sah die Aussichtslosigkeit ihrer Berufung ein, und zog sie deshalb zurück. Das gleiche tat dann Genosse Dittmann, der schon im Schöffengericht erklärt hatte, daß ihm am Strafmaß nichts liege, und er nur Berufung eingelegt hatte, um auch für die zweite Instanz freie Hand zu haben. Es bleibt also für die „Frankfurter Zeitung“ bei der Strafe von 300 Mark und Publikation im „Reichs-Anzeiger“ und „Frankfurter Zeitung“.

**„Tapfere“ Arbeitswillige.** Aus Halle a. d. S. berichtet man unter dem 30. November: Die Streikbrecher Ludwig Wiebach, Hermann Wiebach und Franz Springer gerieten eines Abends mit dem streikenden Maurer Michael über den Bauhandwerkerstreik in Wittenberge in Wortwechsel. Lauten dem Streikenden auf und mißhandelten ihn erheblich. Springer reichte seinem Komplizen die Kaffeeflasche und letzterer schlug den Streikenden damit auf den Kopf. Schließlich nahmen sie den Hut des Streikenden und zerrissen ihn. Vor dem Schöffengericht, wo die drei Arbeitswilligen wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung angeklagt waren, mache Springer, der ganz bedeutende Vorstrafen erlitten hat, den Vorsitzenden. Er meinte, er sei stolz darauf, Arbeitswilliger zu sein. Die Streikenden hätten lieber arbeiten sollen, dann hätten sie paar Lumpen nicht zu verlegen brauchen. Der Staatsanwalt schien an dem ekelhaften Moraltum des Burschen keinen Gefallen zu finden und beantragte gegen die drei Arbeitswilligen je zwei Monate Gefängnis bzw. 40 Mk. und 20 Mk. Geldstrafe davonkommen.

## Aus Nah und Fern.

**Über die Diebstähle auf dem Bozener Güterbahnhof.** wird der „Bozener Zeitung“ von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß es sich bei den Tätern nur um im Taglohn stehende Arbeiter und Vorarbeiter handelt und daß Beamte nicht in Betracht kommen. Der Behörde fiel es auf, daß der Anwärter für den unteren Verwaltungsdienst Budaz im Oktober für einen im Altordlohn stehenden Arbeiter zu viel Lohn aufgeschrieben hatte. Budaz gestand ein, mit dem Arbeiter im Einverständnis gehandelt zu haben; er habe von dem Arbeiter dafür 5 Mark erhalten. Budaz schrieb nun an die Güterabfertigung und erklärte, daß von einem Arbeiter Diebstähle ausgeführt worden seien. Dies führte zu einer Haussuchung, bei der einige Schmuckgegenstände gefunden wurden, über deren Erwerb sich der Arbeiter nicht ausweisen konnte. Dieser Arbeiter wurde in Untersuchungshaft genommen. Unabhängig davon erfolgte die Verhaftung eines Hilfsarbeiterstellers Kröschel, der inzwischen nach Spalenitz versezt worden war. Seinen Nachbarsleuten fiel es auf, daß er großen Aufwand trieb. Die Behörde benachrichtigte darauf die Kriminalpolizei, die eine Haussuchung bei Kröschel vornahm. Diese förderte ein ganzes Warenlager von geklauten Gegenständen zu Tage; das von der Kriminalpolizei aufgestellte Verzeichnis umfaßt über 100 Gegenstände. Kröschel gestand ein, in Gemeinschaft mit dem Rangierer Pfleider die Diebstähle begangen zu haben, die im Außenbahnhof bei Beladungen von Möbelwagen usw. vorgenommen wurden. Die Diebe stahlen ganze Körbe oder erbrachten sie und schlepten den Inhalt in ihre Wohnung. Sie gaben zu, die Diebstähle schon seit 2 Jahren verübt zu haben. Auch beschuldigten sie den Rangierermeister Olschewski, Getreidebündel vorgenommen zu haben. Dies ist jedoch noch nicht erwiesen; ebenso ist noch nicht erwiesen, daß Nächtmungen von Frachtbriefen vorgenommen

und daß Güter nach Berlin gesandt worden sind. In Untersuchungshaft befinden sich nur ein Arbeiter sowie der Güterweichensteller Kröschel und der Rangierer Pfleider.

**Die Genicksäule ist in Bergisch Gladbach ausgebrochen.** Von 4 Extraktionsfällen verließen 2 tödlich. Misiko der Bauarbeiter. Von einem Neubau in Osterfeld auf der Ortschaft Radeberg stürzte ein Giebel mit brennendem Gelände in die Tiefe, mehrere Arbeiter unter sich begrabend. Es gelang, drei Verunglückte, die Männer Wagner aus Medingen, Bachmann aus Romm und Thiem aus Romm, noch lebend unter den Trümmern hervorzuziehen, während leider der Maurer Julius Lehmann aus Gunnersdorf nur als Leiche geborgen werden konnte. — Im Neubau ein zehn Meter langes Stück der Mauer zusammen. Sie durchschlug die Decke des neuen Kesselhauses und fiel auf vier Arbeiter, die sämtlich schwere Verletzungen erlitten.

**Wo der Schweiß der Arbeiter bleibt!** In den Blättern findet man diese Notiz aus Wiesbaden: „Der internationale Hotelde Carl aus Mainz, der im Oktober im Nassauer Hof in Wiesbaden der Frau Kommerzienrat Guilleaume aus Köln ein Paar Brillantringe im Werte von 11.000 Mark gestohlen hat, wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.“ Elftausend Mark für einen Paar Ringe! Um einen solchen Betrag als Lohn zu erhalten, der für ihn und die ganze Familie reichen muß, hat ein Arbeiter des Guilleaume'schen Kabelwerkes mindestens sieben oder acht Jahre, in vielen Fällen ein ganzes Jahrzehnt von früh morgens bis zum Abend schwer zu arbeiten. Göttliche Weltordnung!

**Drei Kinder verschüttet.** Aus Kreisfeld wird gemeldet: In dem benachbarten Hüls wurden durch herabfallende Erdmauern bei einem im Bau befindlichen Wasserleitungs-Schacht drei Kinder verschüttet. Während zwei mit geringen Verletzungen davontanden, wurde der dritte, ein achtjähriger Knabe, in den Erdmassen aufrechtstehend tot aufgefunden.

**Überfall.** Nach einer Meldung aus Straßburg im Els. wurde in einem Ort bei Bischweiler der Lehrer und seine Frau des Nachts im Bett überfallen und mit einem Hackmesser schrecklich zugerichtet. Die Polizei ist dem Täter auf der Spur.

**Bei einer Karbid-Explosion im Kaltwerk Hauferts zu Hainer bei Gelnhausen (Regbez. Kassel) wurde der 17jährige Arbeiter Anton aus Hanau getötet. Sonst ist niemand verletzt worden.**

**Der Schutzmänneried!** Die Erfurter „Tribüne“ berichtet aus Eisenach: Er wollte es nicht auf den Eid nehmen und bat darum den Vorsitzenden des Schöffengerichts, ihn für seine Zeugenaussage vom Eid zu entbinden. Es war ein Schutzmänn, der sich zu dieser eigentümlichen Bitte verstieß und sie damit begründete, daß er nicht von den Herren Sozialdemokraten meinendig gemacht werden möchte. Der Sachverhalt, der dem Schöffengericht vorlag, war folgender: Ein Gastrirt in Eisenach war angezeigt worden und erhielt darauf auch eine Strafverfügung, weil am 17. April vor seinem Hause nicht gekehrt worden sein sollte. Der Gastrirt rief das Schöffengericht an, und dieses schloß auf seine Beihörde den betreffenden Schutzmänner von der Zeugenaussicht aus und brach dann den Angeklagten frei. Das Schutzmänner an der Geschichtete ist aber noch, daß der betreffende Schutzmänner selbst die Anzeige gemacht hatte und auch vom Vorsitzenden bei selber Bitte um Entbindung vom Eid auf diesen Umstand aufmerksam gemacht worden war. Daß das Schöffengericht auf die Zeugenaussicht des Schutzmänner verzichtete, dürfte für diesen eine heilige Lehre sein. — Für diesen Schutzmänner vielleicht, für hundert andere aber nicht.

**Nachrichten über das Raftschiff „Patrie“.** Es ist abso-lut ausgeschlossen, daß jemand in der Gondel der „Patrie“ zurückgedieben ist. Der legte, der wenige Minuten vor der Katastrophen die „Patrie“ verließ, war Leutnant Lenior. Mit Lebensgefahr suchte er das Schiff in Ordnung zu bringen, um den die Seile haltenden Mannschaften die Arbeit zu erleichtern. Raum hatte Lenior den Boden erreicht, als ein heftiger Windstoß die linke Seite des Balcons traf. Die Männer wurden zu Boden geschleudert, dennoch liegen sich die Beherztesten, ihrer Wunden nicht achtend, von den Seiten fortgleppen. Zuletzt versuchten noch acht mit halb erstarnten Händen übermenschliches zu leisten. — „Daily News“ wird aus Belfast telegraphiert: Gestern nachmittag ereigte das Erscheinen eines Luftwaffes großes Aufsehen. Es mandierte über eine ganze Stunde über Stadt und Hafen. Eine große Menschenmenge beobachtete den Flug. Eine weitere Meldung aus Belfast lautet: Ein Luftwaffes flog gestern um 1½ Uhr nachmittags über Gilyleis (Grafschaft Down in Irland) nach Norden in einer Höhe von 1000 englischen Fuß. Es schien keine Schrauben nicht zu gebrauchen, der Name war nicht zu sehen. Man glaubt, daß es über das Freie Meer gekommen sein muß; es stand offenbar unter Kontrolle. Ein Privatmann telegraphierte der Post Mail aus Larne, nordöstlich von Belfast: „Luftwaffes flog über Larne um 3 Uhr nachmittag, gleich der Patrie, Schrauben arbeiten nicht, ging nach Norden bei starkem Wind, verlor die Flug zu kommen und wendete.“

**Kindergrab in Mexiko.** Die Stadt Merida wird gegenwärtig, wie dem „Berlinischen Zeitung“ gemeldet wird, durch eine Bande von Kinderaubern in Schrecken versetzt. Innerhalb zweier Monate sind 22 Knaben und 17 Mädchen spurlos verschwunden. Der Polizei ist es noch nicht gelungen, irgendwelche Anhaltspunkte über die Täter und ihre Beweggründe zu ermitteln; doch fällt es auf, daß alle Kinderreichen Familien angehören: darunter sind mehrere Eltern aus den Vereinigten Staaten und aus Europa stammend.

**Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schwartz. Druck: Friedr. Meier & Co. Sämtlich in Übereck.**

Sprungfeder-  
matratze u. Heizkörper, Winter- u. Sommer-  
mantel nebst Hüten, pass. für ältere Frauen.  
Älteres Marquardt, 19 v. l.

1 Sosa und 2 Schuh, grün Weben, 1  
Kinderstieflarre, 1 gute Sängelampe,  
1 Seegrätmatratze und Klett, billig.

Kaufladen Süder und Belgische zu weit.  
Märktl. 25.

Zu verkaufen Bettstelle in  
mitte, Zubehör zu verkaufen.

Ja verkaufen

Wildpfeffer Pfund 30 Pf.

Hasenpfeffer „20“

Raderich, Raderbürger Allee 25.

Bett. in der Raderbürger Vorremontie

mit Inhalt u. Kugelstab. Abzugeben

gegen Belohnung Raderb. Sta.

Junge Frau übernimmt

Wäsche zum

Anbauen sowie Träume-Zeitung.

Schönkampstraße 13, part.

Puppen-Perücken echtes Haar  
amt. Höhe. Ant. Höhe. Dampfvario. 63.

Empfehlungs-Karten

Baddruckerei Friedr. Meier & Co.

Delikatess-Margarine

Mohra

Butter-Ersatz

ohne

Gleichen.





